

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle zu unserer heutigen 109. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt insbesondere unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe nun den einzigen, aber sehr umfangreichen **Tagesordnungspunkt** auf:

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 - Neudruck

Erste Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4660

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4860

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808,
13/4810 bis 13/4816

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4502

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/4817

zweite Lesung

Und:

Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4528 - Neudruck

zweite Lesung

Meine Damen und Herren, das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Bereiche und die dazu vorgeschlagenen Redezeiten können Sie dem Anhang der Tagesordnung entnehmen. Nach Beratung aller Bereiche eines Einzelplanes erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Die Gesamtabstimmung über die Haushaltspläne 2004/2005 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Vereinbarungsgemäß finden zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen statt. Über die voraussichtlichen Zeitpunkte der Abstimmungen habe ich Sie bereits mit Schreiben vom 15. Januar 2004 unterrichtet. Das sind natürlich nur ungefähre Zeiten.

Nach der Beratung des Einzelplans 13 - Landesrechnungshof - werden die Beratungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst **Bereich 1** auf:

Schule und Weiterbildung

Angesprochen sind die Einzelpläne 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder - und 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4805 und 13/4815 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4920 und 13/4921 und die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4911 und 13/4912 - 2. Neudruck - sowie Drucksachen

13/4916 und 13/4917 jeweils zu diesen beiden Einzelplänen.

Ich eröffne die Beratung und erteile zum Bereich 1 - Überschrift: Schule und Weiterbildung - dem Kollegen Recker für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guten Morgen und hoffentlich gute Beratungen uns allen in den nächsten zwei Tagen!

Wir beginnen mit der Beratung des Schuletats, der sich nicht wie in den vergangenen Jahren auf ein Haushaltsjahr bezieht. Wir beraten einen Etat, der sich auf zwei Schuljahre erstreckt und damit Schulen, Lehrern und Eltern möglichst auch eine mittelfristige Perspektive geben soll.

Welche Perspektive, welche Vision von Schulpolitik nach PISA, gibt uns nun der hier vorgelegte Haushaltsentwurf? Welche Konsequenz fordert PISA von uns Politikern, und welche Antwort gibt dieser Entwurf? - Meine Damen und Herren, PISA verlangt eine verstärkte Frühförderung. Ihre Antwort: Sie schließen Bildungsvereinbarungen und kürzen anschließend die Mittel für die Kindergärten.

PISA verlangt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung von Lernschwachen und Hochbegabten. Da Sie aber keine zusätzlichen Lehrerstellen für diese Aufgaben zur Verfügung stellen, erfolgt absolut keine Veränderung der augenblicklich unbefriedenden Situation.

PISA fordert eine verstärkte Förderung von Migrantenkinder. Sie aber schaffen keine zusätzlichen Stellen, sondern lediglich einen Verschiebepunkt. PISA fordert die Abschaffung bzw. Milderung der sozialen Benachteiligung. Sie aber unternehmen auf diesem Gebiet nichts. Sie schaffen nur weitere Ungerechtigkeiten.

Meine Damen und Herren, was machen Sie z. B. für die Hauptschulen? - Dort sitzt der überwiegende Teil der Menschen, der laut PISA durch das Sieb gefallen ist. Im Übrigen droht dort nach wie vor die Gefahr, dass die Hauptschüler weiter durch das Sieb fallen werden.

PISA fordert, die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu schaffen. Sie aber verschlechtern die Möglichkeiten, indem Sie die Mittel für Fort- und Weiterbildung zusammenstreichen.

PISA fordert, dass der Ausbau echter Ganztagschulen vorangetrieben wird. Die Aspekte "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" und der Abbau von Bildungs- und Erziehungsdefiziten schaffen erst größere Chancengerechtigkeit. Sie aber setzen alleine auf Betreuung und Verwahrung.

Meine Damen und Herren, PISA fordert aber auch klare Bildungsstandards und verbindliche Curricula. Sie aber schaffen in der Tat nur eine "Einheitssoße" an Standards, die den differenzierten Ansprüchen der unterschiedlichen Schulformen in keiner Weise gerecht wird.

Tatsache ist, meine Damen und Herren: Mit diesem Haushaltsentwurf nehmen Sie keine der PISA-Forderungen angemessen auf. Sie entwickeln keinerlei Vision und Perspektive, wie Sie die Bildungspolitik in den Jahren drei und vier nach PISA gestalten wollen.

Sie, meine Damen und Herren von der rot-grünen Regierung, sind mit dem Slogan gestartet "Bei der Bildung wird nicht gekürzt! Wir setzen Priorität in die Bildung!". Nur, meine Damen und Herren, Anspruch und Wirklichkeit sind bei Ihnen zwei Welten. Gleich, um 12.00 Uhr, werden über 20.000 Menschen vor dem Landtag erwartet - Schüler, Eltern und Lehrer sowie Schulen in freier Trägerschaft. Diese Menschen stehen da nicht aus Begeisterung für die tolle Arbeit der Landesregierung. Meine Damen und Herren, diese Menschen stehen da, weil Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ihnen die Vertrauensbasis entzogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie stehen dort, weil Sie die Schulen in freier Trägerschaft mit einem Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung heranziehen.

Fakt ist: Wer die Zuschüsse um 25 % kürzt, der spart an Bildung, der kürzt den Bildungsbereich. Ich frage Sie: Mit welchem Recht benachteiligen Sie eine ganze Schülergruppe, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Es ist absurd, denn Sie bestrafen diejenigen, die hervorragende Bildungsarbeit leisten und die zudem den Landeshaushalt mit ca. 800 Millionen € entlasten. Es ist doch geradezu töricht, die zu verprellen, die dem Staat einen Teil der Last abnehmen.

Meine Damen und Herren, beleuchten wir nun Ihren Stufenplan "Verlässliche Schule". Sie haben 6.100 zusätzliche Lehrerstellen zugesagt. Heute können wir sagen: Versprochen - gebrochen,

meine Damen und Herren. Sie haben 3.100 Stellen umgesetzt für die Bereiche Praktische Philosophie, Englisch in der Grundschule und steigende Schülerzahlen. Nur, meine Damen und Herren: Selbst wenn Sie jetzt noch 1.000 Stellen zusätzlich schaffen, so fehlen weitere 2.000 Stellen zur regulären Erfüllung Ihres Versprechens, nämlich 6.100 neue Lehrerstellen zu schaffen. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt fangen Sie sogar an zu tricksen. Sie versuchen, sich über die Feststellung zu retten, dass die Pflichtstundenerhöhung einem Umfang von 4.000 Lehrerstellen entspräche und so den Schulen mehr Unterricht in einem Umfang von 100.000 Unterrichtsstunden zur Verfügung stünde. Sie wissen aber ganz genau, dass das eine Ankündigung mit Verfallsdatum ist. Die Menschen in unserem Lande lassen sich darin nicht täuschen; denn sie wissen genau, dass sich die Anzahl der Unterrichtsstunden nur bis zu den Sommerferien leicht verbessern wird. Danach fließen diese Stunden voll in die Stellenberechnung ein. So ehrlich sollten wir sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zudem haben Sie selber feststellen müssen, dass der Unterrichtsausfall an den Grundschulen deutlich zugenommen hat. Das sind wieder 1,1 % mehr. Mittlerweile gibt es hier also viermal so viel Unterrichtsausfall im Grundschulbereich als z. B. in Baden-Württemberg.

Sie haben sicher auch die Zahlen von Köln gelesen. Dort hat eine Initiative festgestellt, dass dort wöchentlich 454 Unterrichtsstunden ausfallen. Eines ist übrigens ebenfalls sehr interessant: Es gibt diesbezügliche Ergebnisse. Vergleicht man nämlich das Unterrichtsvolumen von Nordrhein-Westfalen mit den benachbarten Niederlanden, so zeigt sich, dass alleine unsere Grundschüler 940 Unterrichtsstunden weniger haben.

(Recker, CDU)

Am Ende der Sekundarstufe I sind es zwei Schuljahre, wie die niederländischen Schulinspektoren in einem von Ihnen unter dem Tisch gehaltenen Abschlussbericht am nordrhein-westfälischen Schulsystem bemängeln. Meine Damen und Herren, Ihre Schulpolitik ist ein echter Standortnachteil für Nordrhein-Westfalen. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der CDU)

Nun feiern Sie die Einführung der offenen Ganztagsgrundschule als Erfolgsmodell. Meine Damen

und Herren, während Sie feiern, überlegen die Kommunen, wie sie angesichts leerer Kassen mit Ihren Ideen klarkommen sollen. Ihr Finanzierungskonzept geht eindeutig zulasten der Kommunen und Eltern.

Ferner sind Sie im Begriff, Kommunen zu erpressen, wenn Sie von ihnen zur Genehmigung von Ganztagsbetreuung an den Grundschulen einen Abwicklungsplan für Hortplätze verlangen. Frau Ministerin, hier können Sie noch so oft widerrufen, die Texte Ihres Hauses treffen leider andere Aussagen.

Wir wissen genau, dass die offene Ganztagsgrundschule die Qualität der Horte nie erreichen kann. Acht Stellen für 235 Schulen sind eine Farce. Daran erkennt man, dass die Gemeinden gezwungen sind, weil sie kein Geld haben, dieses zu kapitalisieren. Es ist geradezu ein Hohn, dass der Besuch einer echten Ganztagsgrundschule mit entsprechenden Lehrern bis auf das Mittagessen kostenlos ist, während Sie für eine Ganztagsgrundschule mit einer überwiegenden Betreuung bis zu 100 € im Monat verlangen, meine Damen und Herren. Das ist ungerecht sowie pädagogisch und sozial nicht vertretbar. Das passt nicht zusammen und wird von den Menschen in unserem Land nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Folgen Sie daher unserem Konzept für eine echte Ganztagsgrundschule, die wir flächendeckend und bedarfsgerecht einrichten wollen.

Vertrauensbruch und gebrochene Versprechungen sind leider das Fundament Ihrer Bildungspolitik. Das gilt besonders für den Bereich der Weiterbildung.

Alle im Landtag vertretenen Parteien hatten sich verständigt, die Mittel für die Weiterbildung bis zum Jahre 2004 nicht zu kürzen. Im Haushalt 2003 sind sie mit einer Kürzung um 5 % angefangen. Im Doppelhaushalt 2004 und 2005 werden die Mittel um 15 % reduziert. Sie begehen nun zum zweiten Mal klaren Wortbruch im Bereich Weiterbildung. Die CDU-Fraktion wird sich uns an diesem Wortbruch nicht beteiligen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Rücknahme der Kürzung im Haushaltsbegleitgesetz eingefordert.

Ich fasse zusammen: Sie, Frau Ministerin, reden von Ganztagsgrundschule und meinen Betreuung. Sie reden von individueller Förderung und verschlechtern die Rahmenbedingungen. Sie reden von

Sprachförderung vor der Einschulung und lassen es zu, dass Sprachförderung oder Sprachkurse nicht verpflichtend eingeführt werden. Sie wollen Bildungsstandards und vernachlässigen dabei die unterschiedlichen Ansprüche der Schulformen. Für eine tief greifende Bildungsreform mit klaren Qualitäts- und Leistungsansprüchen fehlt Ihnen der Mut.

Als Fazit stelle ich fest: Mit diesem hier vorgelegten Haushaltsplanentwurf setzen Sie keine Priorität in Bildung. Sie sparen, begehen Wortbruch und bleiben weit hinter Ihren großen Ankündigungen zurück. Sie haben leider alle unsere Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Das waren Initiativen, die zeigen, dass wir von der CDU zu unserem Wort stehen. Wir wollen mehr Qualität, vor allem aber auch Verlässlichkeit. Weil wir seitens der CDU zu unserem Wort stehen und sich die Menschen auf unsere Zusagen verlassen können, lehnen wir diesen Haushalt im Bereich Schule und Weiterbildung ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Recker. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Degen.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Recker, Sie sagten, dass die Haushaltsberatungen beginnen. Die SPD hat vor einem halben Jahr mit den Haushaltsberatungen begonnen, und es wäre gut und der Sache dienlich gewesen, wenn Sie sich an diesen Beratungen beteiligt hätten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das gilt natürlich auch für die FDP-Fraktion, obwohl wir da auf die Teilnahme gut verzichten können und auch die Qualität der Anträge; Sie haben diese heute vorgelegt.

Man muss etwas nicht gelesen haben, um etwas so häufig zitieren zu können wie PISA. Herr Recker, PISA fordert nicht, sondern PISA stellt fest und vergleicht, woraus man Schlussfolgerungen ziehen kann. Die Schlussfolgerungen, die Sie ziehen, sind nicht die Schlussfolgerungen, die PISA nahe legt.

Herr Präsident, ich freue mich, dass wir die zweite Lesung des Doppelhaushalts für die Jahre 2004 und 2005 mit dem Einzelplan 5, dem Schuletat, und mit dem Teil des Einzelplans 15 beginnen, der die Weiterbildung betrifft, für den der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nach seinem Namen ja auch zuständig ist.

Obwohl der Landeshaushalt um insgesamt 0,41 % schrumpft - wir alle wissen, dass es ein Sparhaushalt ist, der unter schwierigsten finanziellen Bedingungen zustande kommt -, steigt der Schulhaushalt gegenüber dem laufenden Jahr um rund 1,6 % im Jahre 2004 und im Jahre 2005 um weitere 2,28 %. Um eine Antwort vorwegzunehmen: Es steigen nicht die Pensionslasten, sondern es handelt sich um eine echte Ausgabensteigerung. Das ist eine Steigerung im Doppelhaushalt um insgesamt rund 4 %. Eine solche Leistung kann in diesen Zeiten nur erbracht werden, indem in anderen Ressorts für eine Deckung gesorgt wird. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fachausschüsse und Fachbereiche für diese Solidarität gegenüber dem Schuletat bedanken, denn erst damit wurde es möglich, eine Priorität für Bildung zu setzen. Der Haushalt ist ein Beweis dafür.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Haushalt sind aber auch schmerzhaft Einschnitte vorgenommen worden, z. B. die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde, die Kürzung der Landesmittel für Ersatzschulen um einmalig 1,5 Prozentpunkte und die Kürzung der Zuschüsse im Weiterbildungsbereich um 15 %. Bitte glauben Sie uns, dass uns diese Entscheidungen nicht leicht gefallen sind. Wir können es uns aber auch nicht so leicht machen wie die Opposition mit den heute vorgelegten Änderungsanträgen ohne finanzielle Deckung.

(Helmut Stahl [CDU]: Alles gedeckt! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Dann müssen wir damit noch nach Warendorf. Dann habe ich die Anträge falsch gelesen.

(Zuruf von der SPD: Erst beteiligt sich die CDU nicht, und dann legt sie virtuelle Deckungen vor! - Widerspruch bei der CDU)

Zurück zu den einzelnen Punkten: Durch die Einstellung der Vorgriffsstunde schon im laufenden Jahr führt die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für einen Teil der Lehrerinnen und Lehrer jedenfalls im nächsten Jahr nicht zu einer faktischen Ausweitung des Unterrichts. Das Wichtigste dabei ist allerdings, dass der Ertrag der Arbeitszeiterhöhung dem System Schule erhalten bleibt und nicht, wie das in anderen Bundesländern zum Teil der Fall ist, zum Stellenabbau führt.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Letztlich kommen rund 4.000 Stellen - genauer gesagt: der Mehrunterricht im Gegenwert von 4.000 Stellen - diesem Haushalt zugute. Zusätz-

lich dazu werden 1.000 Lehrerstellen eingerichtet, um den in diesem Umfang gar nicht vorhersehbaren Mehrbedarf - hauptsächlich an den Berufskollegs und Sonderschulen - abdecken zu können.

Die Stellen für Lehrer werden also von 143.790 im Jahre 2003 auf 144.790 Stellen im Haushalt 2004/2005 erhöht. Das ist ein echter Zuwachs von zusätzlich 1.000 Stellen über die erarbeiteten Stellen hinaus. Da beißt die Maus keinen Faden ab, so viele Rechenkünste Sie auch an den Tag legen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist eine echte Leistung, die die Priorität der Bildung abermals unterstreicht.

(Zuruf von der CDU: Der Zuwachs der Stellen?)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auf einen Punkt eingehen, bei dem in Ihren Reihen immer wieder Verwirrung auftritt. Ich weise daher noch einmal darauf hin, dass die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde bei ungefähr 145.000 Lehrern natürlich auch dazu führt, dass sich die Lehrer-Schüler-Relation verschlechtert. Das ist eben Mathematik und nicht Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie verbessert sich!)

- Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis; in diesem Zusammenhang denke ich auch an Ihre Anfrage.

Mit dem Haushalt 2004/2005 erreichen wir auch, dass der von den Koalitionsfraktionen verabschiedete so genannte Stufenplan - er wurde vorhin angesprochen -, der ein Plus von insgesamt 6.100 Stellen erbringt - davon wurden 3.100 bereits abgearbeitet -, aufgrund dieser zusätzlichen Stellen übererfüllt wird. Und glauben Sie uns bitte, dass wir auch die beiden bisher hinausgezögerten Einzelpunkte, nämlich die zweite Marge bei den Fächern Praktische Philosophie und Islamkunde, in den kommenden Jahren noch realisieren werden.

Mit der im Haushalt für 2005 einmalig vorgesehenen Erhöhung des Eigenanteils von Trägern privater Ersatzschulen von 1,5 Prozentpunkten liegt Nordrhein-Westfalen bei der Ersatzschulfinanzierung immer noch im oberen Drittel des Ländervergleichs.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Die von Ihnen beantragte Rücknahme der Erhöhung des Eigenanteils im Jahr 2005 würde 15 Millionen € kosten. Sie haben die Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes beantragt; die De-

ckung ist in Ihrem Antrag aber nicht enthalten. Wie ich schon gesagt habe: Hätten Sie Ihre Anträge früher eingebracht, hätte man über diese Punkte auch reden können.

Ich würde gerne auf die zusätzlich erforderlichen Stellen an den Sonderschulen und bei den Berufskollegs verzichten. Zumindest bei den Sonderschulen macht mir das echte Sorgen. Bei den Berufsschulen fangen wir Aufgaben der Wirtschaft auf und gehen für die Wirtschaft in die Finanzierung; sie müsste eigentlich diesen Bereich des dualen Systems im Praktischen abdecken.

Herr Recker, Sie haben auch die offene Ganztagsgrundschule angesprochen. Diese ist nach wie vor ein Erfolgsmodell. Sie werden sich auch nicht dagegen wehren können, dass sich unter den 77 Kommunen, die diese Schulen in der ersten Runde eingerichtet haben, auch eine ganze Reihe mit CDU-Mehrheiten befinden. Kompliment an die CDU-Ratsmitglieder in den Kommunen, die zeigen, dass sie sich von praktischen Bedürfnissen der Kinder und Eltern mehr leiten lassen als von den ideologischen Scheuklappen, die Sie hier reihenweise verteilen!

(Beifall von Brigitte Speth [SPD] und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Insgesamt bietet der Schulhaushalt eine gute Basis, um die Reformen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen erfolgreich weiterzuführen.

Zur Weiterbildung haben wir in der SPD-Fraktion eine Entschließung verabschiedet, in der eigentlich alle Punkte mit Haushaltsrelevanz klargestellt werden. Wir werden diese Entschließung zur dritten Lesung vorlegen und sie Ihnen so schnell wie möglich zur Kenntnis geben. Ich empfehle Ihnen, sich diese Entschließung gut durchzulesen; denn wenn Ihnen die Weiterbildung so am Herzen liegt, können Sie ihr eigentlich nur zustimmen.

Ihr Antrag zur Weiterbildung, Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes zu streichen, ist ziemlich aus der Hüfte geschossen. Dabei haben Sie wahrscheinlich übersehen - oder vielleicht wollen Sie das sogar bewusst streichen -, dass damit auch die Operation haushalts-technischer Art wegfällt, die wir vorgenommen haben, um den Bereich der Schulabschlüsse an den Volkshochschulen zu erhalten und weiterhin gezielt fördern zu können; denn dies ist ebenfalls in Art. 3 vorgesehen.

So einfach wie Sie kann man es sich meines Erachtens nicht machen. Es wäre schön gewesen, wenn Sie das halbe Jahr, das wir für die Beratung

des Haushalts aufgewandt haben, dazu genutzt hätten, mit uns zu reden. Das, was Sie jetzt machen, ist kein exakter Umgang mit einem Haushalt - und mit einem Doppelhaushalt schon gar nicht.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Degen. - Das Wort hat der Abgeordnete Witzel für die FDP-Fraktion.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Einzelplanberatung des Landeshaushaltes ist nun auch endlich die rot-grüne Märchenstunde im Bildungsbereich vorbei.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir als FDP-Landtagsfraktion werben für einen Masterplan Bildung unter dem Motto „Zukunft gestalten statt Mangel verwalten“. Wir brauchen einen Ruck, der durch diese Gesellschaft geht - für unser Land, für bessere Bildungschancen zugunsten der jungen Generation.

Die rot-grüne Landesregierung hat uns in vielerlei Hinsicht einen einmaligen Haushalt vorgelegt. Da ist zum einen der Charakter des Doppelhaushalts, der zeigt, dass Sie offenbar Angst haben, die Einsparungen bei der Bildung und damit bei den Zukunftschancen der jungen Generation auch Ihren Wählern im Wahljahr 2005 durch entsprechende Beschlussfassung dort zu verkaufen.

Neben Verfassungsänderungen ist das Haushaltsrecht des Parlaments das wichtigste Recht dieses Hauses. Jede von ihrer Politik überzeugte Regierung wirbt natürlich mit ihren eigenen Haushaltsansätzen offensiv, gerade bei bevorstehenden Wahlen, weil sie sagt: Da können wir doch endlich einmal verdeutlichen, wie wir uns Politik dann, wenn es um die Realität geht, praktisch vorstellen.

Die Bürger dieses Landes wollen keine Sonntagsreden mehr hören. Sie wollen die Wahrheit wissen. Sie haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wie es um die Landesfinanzen und die Zukunft der Bildung in diesem Land tatsächlich steht. Genau da laufen Sie weg. Sie haben Angst vor Ihrer eigenen Politik. Wir als FDP-Landtagsfraktion werden dafür sorgen, dass hier niemand Unfallflucht begeht.

Dabei lässt sich Ihr Haushalt doch so einfach und zutreffend wie auch zugleich erschöpfend mit dem einzigen Satz skizzieren: Der Wortbruch ist Maxime Ihrer Politik. Privatschulen haben das Vertrau-

en in die Politik dieser Regierung verloren. Anstelle von Planungssicherheit setzen Sie zum Kahlschlag an. Viele Träger haben angekündigt, einzelne Standorte zu schließen. Im Ergebnis zahlt der Staat dann noch mehr.

Wir haben eine gesetzliche Schulpflicht zu erfüllen, meine Damen und Herren. Je weniger private Anbieter mit ihren eigenen anteiligen Finanzierungsbeiträgen mithelfen, umso mehr Kosten verbleiben beim Land. So provozieren Sie einen klassischen Umkippeffekt. Ihre Devise „Mehrkosten statt Einsparungen, aber wenigstens gibt es kein pluralistisches Bildungswesen mehr“ trägt nicht.

Auch die Scheinlogik funktioniert nicht bei Ihnen. Jugendhilfeeinrichtungen können Sie schließen. Dann stehen junge Menschen halt auf der Straße. Aber Jugendliche haben ein verfassungsrechtliches Beschulungsrecht, das auch Sie nicht einfach vom Tisch wischen können.

Ihrer Logik folgend kennen kundige Beobachter wahrscheinlich schon Ihre nächsten Gesetzesänderungen: Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht, stattdessen ein straffes Bekenntnis zum Analphabetentum. Das wäre wahrscheinlich noch billiger.

Dabei tun Sie so, als hätte es PISA nicht gegeben. Es ist eine Schande für unser Land, dass Kinder - das meine ich ganz ernsthaft -

(Brigitte Speth [SPD]: Das haben Sie nicht ernst gemeint! Das ist nämlich die logische Schlussfolgerung!)

aus bildungsbenachteiligten Familien immer noch nicht dieselben Chancen haben.

Wir Liberale sind für Leistungsdifferenzierung, und wir bekennen uns dazu, dass Schulverweigerung sanktioniert werden muss. Aber wenn die soziale Herkunft von Kindern und der Geldbeutel der Eltern über die zukünftige Chancenverteilung in dieser Gesellschaft entscheiden, dann läuft etwas falsch in diesem Staat.

Hunderttausende von Schülern retten sich in private Nachhilfeinstitute, da das öffentliche Angebot nicht mehr die elementarsten Anforderungen erfüllt. Das ist in Wahrheit die soziale Kälte Ihrer Politik. Sie verpulvern Steuergelder für die Förderung von Waldpädagogik unter frauenspezifischen Aspekten. Ihre Haushaltsansätze muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Aber dass junge Menschen ihre Muttersprache, die elementarsten Rechtschreibregeln und die einfachsten mathematisch-naturwissenschaftlichen Zusam-

menhänge nicht mehr verstehen, ist anscheinend egal.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Wieder ein fremdenfeindlicher Mensch, der nichts verstehen will!)

Wir brauchen an unseren Schulen mehr qualifizierte Lehrer und weniger billige Aufpasser als Ersatz. Wir brauchen mehr Unterricht und weniger Stundenausfall. Wir brauchen mehr Qualität und weniger Beliebigkeit.

Aber genau letztere wird zunehmen, wenn Sie Klassenarbeiten aus Gründen der Haushaltssparnis streichen. Ihnen fehlt jedes pädagogische Konzept. Erst stellen Sie in einem eigenen Gutachten fest, dass die Lehrer in diesem Land - in vielen Schulformen jedenfalls - schon mehr als 41 Stunden die Woche arbeiten. Dann kündigen Sie offiziell die 41-Stunden-Woche an, die viele Kollegen als das Versprechen einer wohltuenden Arbeitszeitverkürzung empfinden. Statt aber Belastungen abzubauen, erhöhen Sie im nächsten Schritt die Arbeitszeiten, um Tausende versprochener Planstellen zu sparen.

Und da hierdurch die Arbeitsbelastung gestiegen ist, werden Lehrer wieder entlastet, indem Sie Klassenarbeiten streichen und somit wieder einmal weniger Leistungsevaluation in der Bildung stattfindet. Das ist wahrlich ein Stück aus dem Tollhaus, oder besser: eine Hommage auf das absurde Theater von Dürrenmatt, da die Förderung von Talent und Neigung in diesem Bereich zukünftig in Schulen nicht mehr stattfindet.

Sie kündigen für 5.000 € Haushaltssparnis die bundesweite Vereinbarung aller Bundesländer auf KMK-Ebene, damit zukünftig kein Schülertheater mehr stattfindet, und stattdessen veranstalten Sie hier lieber selber Ihr eigenes.

(Beifall bei der FDP)

Weniger humoristisch mutet dabei der Umstand an, dass Sie selbst die Minimalziele des so genannten verlässlichen Stufenplans dabei preisgeben. Mit dem Eingeständnis von Bildungsministerin Ute Schäfer, dass die rot-grüne Landesregierung das von ihr die ganzen Jahre dieser Legislaturperiode über gebetsmühlenartig vorgetragene Programm „Stufenplan verlässliche Schule“ nun mittlerweile brechen muss, dass es nicht zur Schaffung von 2.000 neuen Lehrerstellen bis zum Ende der Legislaturperiode kommt, zeigt, wie unverlässlich die Politik in der Praxis ist.

Mit der Nichteinhaltung Ihrer eigenen Einstellungszusagen begeht die Landesregierung erneut einen Wortbruch beim Stufenplan. Bereits zuvor

wurden in den Haushaltsjahren Versprechen des Stufenplans bei der Einrichtung von 300 Stellen nicht eingehalten.

Zusammen mit dem existenzbedrohenden Kahlschlag bei der Ersatzschulfinanzierung, gravierenden Einschnitten zulasten der Weiterbildung oder der Leseförderung an öffentlichen Bibliotheken wird die Behauptung der Landesregierung, im Bildungsbereich werde nicht gespart, zur puren Farce.

Ursprünglich sollten Regierungserklärungen zufolge 6.100 zusätzliche Lehrerstellen bis 2005 den Anstieg der Schülerzahlen auffangen und darüber hinaus auch neue Unterrichtsangebote ermöglichen. Außerdem wurden von Ihnen substantielle Verbesserungen für zahlreiche Lehrer in Aussicht gestellt. Heute wissen wir: Das einzig Verlässliche am Stufenplan ist der Umstand, dass dieser verlässlich unterfinanziert ist.

Die so genannte offene Ganztagschule ist die einzige Schule ohne Lehrer in diesem Land. PISA erfordert aber mehr individuelle Förderung für mehr Schüler. PISA erfordert zusätzliche Nachmittagsangebote, um frühzeitig schulische Defizite zu beheben und Spitzenleistungen zu fördern. Dies kann mit Billigangeboten reiner Beaufsichtigung nicht geschehen.

Wir brauchen auch Elitebildung an unseren Schulen. Spitzenleistungen und geistige Elite dürfen für uns alle hier im Hause kein Schimpfwort mehr sein. Damit wir Elitebildung tatsächlich ermöglichen, brauchen wir aber eine Breitenförderung am Start, um alle Potenziale zu erkennen und zu fördern, und nicht eine einzige Schaufensterveranstaltung "Elitehochschule" am Ziel, das viel zu wenige ansonsten erreichen werden.

Sie wären gut beraten gewesen, hätten Sie bereits vor Jahren dem Unterrichtssicherungsgesetz der FDP zugestimmt. Unser Land braucht zur Behebung der allergrößten Bildungsdefizite 8.000 neue Lehrer, kleinere Klassen und mehr Unterricht. Die Lehrerausbildung muss Ausbildungszwecken dienen und nicht dem Ersatz von 1.500 Planstellen im Landeshaushalt. Wir brauchen eine verlässliche Vertretungsreserve an jeder einzelnen Schule, um dem Stundenausfall nachhaltig entgegenzuwirken.

Wir brauchen auch den Mut dieser Landesregierung, Frau Ministerin Schäfer, die Zahlen des Stundenausfalls transparent zu publizieren. In Selbsthilfeforen wie www.unterrichtsausfall.com schließen sich Eltern neuerdings zusammen, um die Fehlzeiten an unseren Schulen für die Öffentlichkeit zu dokumentieren, frei nach dem Motto:

Geteiltes Leid ist halbes Leid. Aber es verbessert sich nichts in unserem Land. Wovor haben Sie also Angst? Veröffentlichen Sie die tatsächliche Unterrichtsverteilung und ein Schul-Ranking! Dann sehen wir, wo dieses Bundesland bildungspolitisch tatsächlich steht.

Immer mehr junge Menschen in diesem Land finden keine Ausbildungsstelle, da sie so elementare Bildungsdefizite haben, dass ihnen die Ausbildungsreife fehlt. Herr Minister Schartau hat deshalb in seiner Verantwortung die Betriebe im Sommer letzten Jahres angeschrieben und ihnen ein Signal gegeben. Er hat eingeräumt, dass es aus Arbeitgebersicht berechnete schulische Defizite gibt und gesagt: Wir arbeiten daran, dass wir besser werden, damit es zukünftig weniger Beanstandungen aus der Wirtschaft gibt, was die Ausbildungsreife betrifft.

Uns fehlt hier das nötige Konzept. Mehr Bildung für alle ist die beste Politik für Chancengerechtigkeit und eine Politik sozialer Mobilität und Förderung, die diesen Namen auch verdient.

Durch Ihren erneuten Wortbruch bei der Weiterbildung werden sich schon bald gerade diejenigen die Kursangebote nicht mehr leisten können, die die eigentliche Zielgruppe der Förderangebote sind. Dabei wird lebenslanges Lernen immer wichtiger. Wie eine Monstranz haben Sie das Weiterbildungsgesetz die letzten Jahre vor sich hergetragen. Alle Regierungsmitglieder haben gesagt: Bitte haben Sie Verständnis für andere Haushaltskürzungen, aber zu den gesetzlichen Zusagen bis 2005 stehen wir. Heute wissen wir, wie wenig das versprochene Wort noch Wert ist, wenn es jenseits von Sonntagsreden um tatsächliche politische Entscheidungen geht.

Wenn Sie heute sagen, die Mehrbelastungen für die Privatschulen wird es nur in einem einzigen Haushalt geben, dann nur deshalb, weil sich die Regierung nicht mehr die Mehrheit nach der nächsten Landtagswahl zutraut. Ansonsten ist es bei jedem Punkt Ihrer Kürzungen im Bildungsbereich so gewesen: War der Dammbreach einmal da, ist er in keinem der folgenden Haushalte wieder aufgefangen worden.

Deshalb appelliere ich zum Schluss noch einmal an Sie: Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie den perspektivischen Haushaltsanträgen der FDP für einen neuen Masterplan "Bildung für NRW" zu! Die Anträge sind seriös und bereits seit Wochen im Verfahren in den Ausschussberatungen. Nichts ist daran neu, nichts ist daran hektisch. Alles entspricht den jahrelangen Leitlinien unserer Politik.

Steuern Sie endlich um, setzen Sie auf Zukunft, und kürzen Sie Subventionen der Vergangenheit! Trennen Sie sich von öffentlichen Verlustunternehmen wie der WestLB, damit Privatschulen wieder erfolgreich arbeiten können!

(Unruhe - Glocke)

Bauen Sie Personal in der Mangelverwaltung der Bildungsbürokratie ab und ermöglichen Sie jungen Menschen wieder ein Recht auf Unterricht! Geben Sie die Regierung ab, überlassen Sie uns von der Opposition die Gestaltung eines perspektivischen Zukunftshaushaltes, der diesen Namen auch verdient! Millionen von besorgten Schülern, Eltern und Lehrern in diesem Land werden es Ihnen danken. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Witzel. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Löhrmann, Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allen Unkenrufen zum Trotz können wir feststellen, dass Schule in diesem Landeshaushalt hohe Priorität genießt. Die Regierungsfractionen haben trotz der schwierigen Haushaltslage im "Düsseldorfer Signal" noch einmal bekräftigt, dass das so bleibt. Sie haben allerdings - um das gleich am Anfang zu sagen - aufgrund der Haushaltslage eine Präzisierung vorgenommen. Wir haben nämlich einschränkend gesagt, dass die Unterrichtsversorgung, die Sicherung und der Ausbau des Ganztags in diesem Haushalt eindeutig und ungeschmälert Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen bewusst - wissend, dass wir das nicht insgesamt durchhalten können - nicht mehr von Bildung allgemein, weil zu Bildung viel mehr gehört: nicht nur der vorschulische Bereich, der Weiterbildungsbereich oder die Hochschule, sondern auch musische Bildung, kulturelle Bildung und vieles mehr. Das muss man der Ehrlichkeit halber dazu sagen. Wir Grünen stehen dafür, das so ehrlich zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem kann sich dieser Schul- und Weiterbildungsetat sehen lassen. Wir setzen diese Priorität, weil wir wissen, dass Investitionen in diesem Bereich richtig sind, dass Bildung und Schule das Fundament und die erste institutionelle Verpflichtung sind, den Schlüssel für den Erfolg der kom-

menden Generation und der gesamten Gesellschaft zu legen.

Ja, meine Damen und Herren, auch das räume ich ein: Wir haben die Unterrichtsverpflichtung für einen Großteil der Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde erhöht. Angesichts der Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, die wir kennen, ist das ein problematischer Punkt. Auch das räume ich ein.

Aber jenseits der fiskalischen Notwendigkeiten hätten wir ohne die Pflichtstundenerhöhung die vielen anstehenden Pensionierungen bei der geringen Zahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen gar nicht ausgleichen können. Stellen wären unbesetzt geblieben. Unterrichtsausfall, den wir alle nicht wollen, wäre die Folge. Und im Gegensatz, Herr Witzel, zu vielen anderen Bundesländern, die sich ebenfalls gezwungen sehen, die Stundenzahl zu erhöhen - Hessen ist das prominenteste schlechte Beispiel -, sparen wir durch die Stundenerhöhung keine existierende Stelle ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle in Nordrhein-Westfalen frei werdenden Stellen werden wieder besetzt. Bei uns haben alle Lehramtsanwärterinnen und -anwärter eine Chance, eingestellt zu werden, und wir können auch solche aus anderen Bundesländern gut gebrauchen, weil wir trotz der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zusätzliche Stellen ausweisen und schaffen. Das ist Priorität für Schule in schwieriger Zeit.

Eines noch zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung: Die Panikmache der Opposition vor größeren Klassen grenzt fast an Volksverdummung. Ich will der CDU zugute halten, in der Schule beim Rechnen nicht aufgepasst zu haben. Dasselbe durch die Lehrkräfte erbrachte Unterrichtsvolumen bei gleicher Studententafel ergibt die gleiche Klassengröße. Die Frage der Schüler-Lehrer-Relation hat nichts mit der Klassengröße und der Größe von Lerngruppen zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ralf Witzel [FDP]:
Aber mit der Betreuungsrelation!)

Schade, dass Sie diese falschen Behauptungen wider besseres Wissens immer weiter im Lande - es ist in mehreren Schulausschusssitzungen dargestellt worden - aufstellen. Offenbar haben Sie keine guten Argumente, meine Damen und Herren von der Opposition.

In den Bereichen, wo es unvorhergesehen aufgrund steigender Schülerzahlen brennt - zu nennen sind die Sonderschulen und vor allem die Be-

rufskollegs -, lassen wir die Schulen nicht im Regen stehen und schaffen trotz schwieriger Haushaltslage 1.000 zusätzliche Stellen. Auch das nenne ich Priorität für Schule in schwieriger Zeit.

Englisch in der Grundschule - ein Anliegen, das alle hier im Landtag vertretenen Parteien teilen - wird, wie im Stufenplan "Verlässliche Schule" verabredet, ausgebaut. Mit dem Haushalt 2004 schaffen wir für diesen Ausbau die zweite Tranche von 640 zusätzlichen Stellen. Und wir haben 350 zusätzliche Stellen eingestellt, um die Schulleitungen in allen Schulformen zu entlasten. Auch das ist Priorität für Bildung und Anerkennung der wichtigen und steigenden Aufgaben von Schulleitungen in der Umorganisation von Schule bei neuen auf sie zukommenden Aufgaben.

Meine Damen und Herren, auf einen Bereich möchte ich hinweisen, obwohl er nicht direkt ins Auge fällt: Das sind die 50 Stellen, die neu geschaffen sind und auf deren Schaffung wir Grünen besonders stolz sind. Wir schaffen es, den gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I auszubauen und unser Versprechen im Koalitionsvertrag zu erfüllen, endlich in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein qualifiziertes Angebot in der Sekundarstufe I für gemeinsames Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern zu schaffen. Hiermit sind Perspektiven für viele Kinder geschaffen, die in der Grundschule jetzt gemeinsam lernen und diese Möglichkeit zukünftig auch in der Sekundarstufe I haben. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie von der Opposition zumindest das anerkennen, zumal Sie beim Gleichstellungsgesetz für Behinderte hier so getan haben, als hielten wir unsere inhaltlichen Versprechen nicht ein. Das Gegenteil ist richtig.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition nimmt sich neuer gesellschaftlicher Herausforderungen an. Damit komme ich zu einem Bereich des Haushalts, den ich besonders wichtig finde. Das ist die Erhöhung der Mittel für Ganztagsangebote, und zwar insbesondere für die offene Ganztagschule im Primarbereich. Hier steigen die Mittel von 53 Millionen € in diesem Jahr auf 62 Millionen € in 2004 und auf 75,5 Millionen € in 2005. Darüber hinaus stellen wir pro Jahr 170 zusätzliche Stellen an den offenen Ganztagschulen zur Verfügung.

Ich habe den Anträgen der CDU-Fraktion entnommen, dass sie weiter auf die herkömmliche Ganztagschule und den 20%igen Stellenzuschlag setzt. Abgesehen davon, dass das Ziel der Regierungsfraktionen, durch eine verlässliche Ganztagsbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, durch einen 20%igen

Stellenzuschlag nicht erreicht werden kann, hat die CDU die Zeichen der Zeit offensichtlich noch nicht erkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder und Jugendliche brauchen mehr als Unterricht und brauchen mehr als die herkömmliche Schule.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bildung ist mehr als Schule, und Schule ist heute mehr als Unterricht. Auch das zeigen die internationalen Studien. Damit wollen Sie sich einfach nicht auseinander setzen. Wir setzen bewusst auf die Kooperation mit der Jugendhilfe und die Öffnung der Schulen in die Gesellschaft. Im Ganzttag brauchen wir auch pädagogisches Personal, das anders an die Kinder herangeht und einen anderen Bildungsauftrag hat. Das dauernde Rufen nur nach neuen Lehrkräften in der Ganztagschule ist nichts anderes als eine Misstrauenserklärung an die Jugendhilfe, und da machen wir von Rot-Grün nicht mit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das werden wir auch immer wieder sagen.

Noch zum Thema *Öffnung von Schule*: Bei den Beratungen im Ausschuss haben wir als Grüne ja wieder ein kleines Kleinod geschaffen, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD: die Gestaltung und Öffnung von Schule. 300.000 € sind wahrlich eine kleine Summe. Aber es ist eine kleine Summe mit großer Wirkung. Das ist ein Projekt, bei dem es nicht um "diskriminierende" Tatbestände geht, wie Herr Witzel das eben gesagt hat, sondern da geht es um Bereitstellung von Mitteln, die die Schulen öffnen und durch die Kinder und Jugendliche z. B. ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement lernen. Wir lesen doch jeden Tag in der Zeitung, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche das früh erfahren, damit sie das, was sie in der Schule erleben, in die Gesellschaft zurückgeben.

Meine Damen und Herren, die Ersatzschulfinanzierung hat uns alle in den vergangenen Wochen und auch heute wieder natürlich sehr beschäftigt. Ich will nicht verschweigen, dass wir von Anfang an über den Vorschlag der Landesregierung nicht besonders erfreut waren. Deshalb haben wir auch von Anfang an dafür gekämpft, hier Verbesserungen vorzunehmen. Vor allem die Ersatzsonderschulen wären durch die Erhöhung vor nicht zu bewältigende Schwierigkeiten gestellt worden. Deshalb haben wir uns dafür ausgesprochen, diese Schulen, die durch unsere Ersatzschulfinanzierung strukturell anders gestellt sind, von der Er-

höhung komplett auszunehmen. Das ist zum Glück auch gelungen.

Auch für die anderen Ersatzschulen konnte mit der einmaligen Erhöhung in 2005 um 1,5 %, und zwar befristet auf dieses eine Jahr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf eine wesentliche Verbesserung erreicht werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Das glaubt Ihnen doch niemand!)

- Das ist gesetzlich festgelegt, und das werden wir hier gesetzlich beschließen. Da braucht keiner nach einer Landtagswahl irgendetwas anderes vorzunehmen. Das machen wir hier mit diesem Haushalt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Summen für die Ersatzschulfinanzierung in diesem und auch im nächsten Jahr sehr wohl steigen und fast 1 Milliarde € erreichen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Auch das muss man hier deutlich zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zum Schulbereich muss die Weiterbildung mit den veranschlagten 15%igen Kürzungen schmerzlich Federn lassen. Ich räume ein, dass wir mit diesen Kürzungen unsere Zusagen, die wir im Rahmen der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes hinsichtlich der finanziellen Ausstattung gegeben haben, nicht haben halten können. Das liegt nicht, wie zumindest alle Träger wissen, am bösen Willen oder daran, dass man die Weiterbildung für nicht mehr so wichtig hält. Schuld ist allein die desolate Haushaltslage.

Nichtsdestotrotz hat Rot-Grün auch im Bereich der Weiterbildung kleine Akzente setzen können. Mit dem Sondertopf im Umfang von 5 Millionen € sichern wir die Kurse an Volkshochschulen, die auf diesem Weg zum Schulabschluss führen, weil wir wissen, dass hier viele Menschen die letzte Kurve in ein für sie befriedigendes Berufsleben bekommen. Wir konnten besondere Härten abfedern, die der Haushaltsentwurf etwa für die Landesorganisation der Weiterbildungsträger und für die politischen Stiftungen vorgesehen hatte.

Bei der Weiterbildung bleibt für die Regierungsfractionen viel zu tun. Herr Degen hat darauf hingewiesen, dass wir dazu noch eine Entschließung einbringen werden. Wir als Grüne werden uns im kommenden Jahr sehr intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen, weil wir eine gute und wichtige Weiterbildung in einem Zeitalter, in dem le-

bensbegleitendes Lernen immer wichtiger wird, für unverzichtbar halten.

Meine Damen und Herren, ich denke, ich konnte deutlich machen, dass wir die Priorität für Schule und Weiterbildung ernst nehmen. In einer Zeit, in der fast alle Bereiche schmerzhaft Kürzungen hinnehmen müssen, kommt dieser Bereich sehr gut weg. Mein Dank an die anderen Ressorts und die anderen Beteiligten, die zugestanden haben, dass der Unterrichtsversorgung und dem Ganztags hohe Priorität zukommen, die wir in Nordrhein-Westfalen für die Kinder in unseren Schulen aufrechterhalten. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Das Wort hat die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Frau Schäfer. Bitte schön.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kennen das Ritual: Wir stellen Ihnen einen Etat vor, mit dem wir eindeutige Prioritäten im Bereich der Bildung setzen, wir verstärken unsere Anstrengungen durch die Einrichtung zusätzlicher Lehrerstellen und die Bereitstellung weiterer Mittel, und die Opposition fordert reflexartig noch mehr Stellen und noch mehr Mittel. Sie scheut sich aber nicht, der Landesregierung gleichzeitig die Schuldenentwicklung vorzuhalten und sie zu mehr Sparsamkeit aufzufordern.

(Edgar Moron [SPD]: Das wollen die beides zur gleichen Zeit!)

Sie wollen also von allem mehr, nämlich mehr ausgeben und mehr sparen. Das müssen Sie der Öffentlichkeit bitte einmal erklären. Ich finde das ausgesprochen unredlich und unseriös.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wissen, dass sich alle öffentlichen Haushalte in einer schweren Finanzkrise befinden. Umso mehr weiß ich es zu würdigen, welchen finanziellen Kraftakt die Landesregierung mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land unternimmt. Bei einem in 2004 und 2005 marginal steigenden Gesamtetat haben wir deutliche Steigerungsraten des Einzelplans für Schule, Jugend und Kinder erreicht. Wir machen mit der Prioritätensetzung auf die Bildung Ernst; denn das Volumen unseres Einzelplanes steigt um eine halbe Milliarde Euro.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Ich bedanke mich bei allen anderen Fachressorts und bei den Koalitionsfraktionen für diese Unterstützung ausdrücklich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen sichern wir die Unterrichtsversorgung auf einem hohen Niveau. Wir schaffen nämlich zusätzliche Lehrerstellen und wir flexibilisieren den Mitteleinsatz, wie es uns eine Unternehmensberatung empfohlen hat und wie wir es seit Jahren erfolgreich praktizieren. Allerdings gestehe ich gerne zu - auch das ist gesagt worden und ich will es nicht wegdiskutieren -, dass wir auch einen Beitrag der Lehrerinnen und Lehrer in Form einer zusätzlichen Pflichtstunde einfordern wollen, um damit die Unterrichtsversorgung sichern zu können.

Zum 1. August 2004 weist der Haushalt 144.790 Lehrerstellen für den Unterricht aus. Das sind 1.000 Stellen mehr als in 2003. Das bleibt auch nach dem 1. August so - suggerieren Sie bitte nichts anderes! Mit der einen Unterrichtsstunde, die die Lehrer und Lehrerinnen ab dem 1. Februar 2004 zusätzlich erteilen, steht den Schulen ein zusätzliches Volumen im Wert von insgesamt 5.000 Stellen zur Verfügung. Wer das Sparen zu Lasten der Schulen nennt, der mag mir das wirklich einmal erklären.

Wie wirkliches Sparen bei den Schulen aussieht, das können Sie in Hessen lernen. Dort werden 1.000 Lehrerstellen gestrichen. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich empfehle Ihnen, dass Sie Ihre Reden in Hessen halten. Herr Koch kann Ihren Rat sicherlich gut gebrauchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Recker, Sie heben darauf ab, dass wir nach PISA nicht reagiert und nichts getan haben. Ich möchte hier das Gegenteil noch einmal ganz deutlich unterstreichen. Wir haben ein Programm aufgelegt, mit dem wir vor allen Dingen unser primäres Ziel, früh und erfolgreich zu starten, verfolgen. Als erstes Bundesland in Deutschland haben wir mit allen Trägern einen Bildungsauftrag der Kindergärten verabredet.

Daneben haben wir ein Schulfähigkeitsprofil für Fachkräfte in Kindergarten und Schule entwickelt, das fachlich hoch anerkannt ist. Daneben haben wir die Anmeldetermine zu den Grundschulen vorgezogen, um die Sprachentwicklung der jeweiligen Kinder frühzeitig feststellen zu können, und wir haben im Etat die Sprachförderung auf 7,5 Millionen € angehoben, sodass wir jetzt alle Sprachkurse einrichten können. Die Kinder wer-

den verpflichtet, dorthin zu gehen, wenn ein Defizit vorhanden ist. Es ist also nicht so, dass das auf freiwilliger Basis geschieht, wie Sie fälschlicherweise gesagt haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die nötigen Mittel vorhanden sind, damit sie teilnehmen können.

Schließlich richten wir im Jahre 2005 die flexible Schuleingangsphase ein, um die individuelle Förderung von Kindern zu verstärken. - Das sind unsere Maßnahmen im Elementar- und Primarbereich.

Ich komme zur offenen Ganztagsgrundschule, unser wirklich ehrgeiziges Projekt der Zusammenführung von Schule und Jugendhilfe. Frau Löhrmann hat skizziert, dass wir die Ansätze in den kommenden Haushaltsjahren steigern, und zwar von 53,5 Millionen Euro auf 62,8 Millionen Euro in 2004 und auf 75,5 Millionen Euro in 2005. Dadurch können insgesamt 340 zusätzliche Lehrerstellen eingerichtet werden. Inklusiv dem, was wir jetzt schon erreicht haben, schaffen wir damit also ein zusätzliches Volumen von 440 neuen Stellen für die offenen Ganztagsgrundschulen.

Ich freue mich ausdrücklich, dass es über alle Parteigrenzen hinweg möglich war, diese Schulform in der Fläche zu etablieren. Diese Schulform - das haben kluge Bürgermeister erkannt - ist ein Standortfaktor für die Kommunen, weil durch sie den Familien eine deutliche Unterstützung signalisiert wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie schauen immer auf die bei PISA erfolgreichen Länder. Das tun wir auch. Diese erfolgreichen Länder führen genau das Konzept der offenen Ganztagsgrundschule durch, welches wir jetzt ebenfalls einführen wollen. Den Besuch dieser Ganztagsgrundschulen wollen wir bis zum Jahre 2007 200.000 Kindern in Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Wir wollen weg vom Zweiklassensystem und nicht nur den 30.000 Eltern, deren Kinder in den Horten sind, ein Angebot machen, sondern wir wollen auch den 770.000 Eltern, deren Kinder in der Grundschule sind, ein Angebot offerieren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen wundere ich mich darüber, dass Sie sagen, wir würden im Bereich der Hauptschule gar nichts tun. Ich möchte anhand einiger Zahlen deutlich machen, dass das anders ist. Wir haben die beste Schuler-Lehrer-Relation in der Hauptschule, wir haben die kleinsten Klassen in der Sekundarstufe I in der Hauptschule, wir haben 370 zusätzliche Lehrerstellen in den Klassen 5 und 6

für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch geschaffen, und wir haben der Hauptschule 250 Sozialpädagogen zur Unterstützung bei der Erfüllung des Erziehungsauftrages gegeben. Wenn das nichts ist, dann weiß ich nicht, was wir hier versäumt haben sollten. Wir unternehmen enorme Anstrengungen.

Wir steuern unser System in den Schulen um, gehen zur Ergebnissteuerung über und erstellen Kernlehrpläne. In diesen Kernlehrplänen greifen wir die Bildungsstandards auf, die national verabredet worden sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Sie sprechen hier von Einheitssoße. Damit waschen Sie Ihre Kollegen in den B-Ländern ab. Wir haben uns national darauf verständigt, das einzuführen. Wir in Nordrhein-Westfalen setzen das um und starten in diesem Jahr mit Lernstandserhebungen bei 400.000 Schülern in den Klassen 4 und 9 zur Erhöhung der Transparenz, zur Kontrolle dessen, was in unseren Schulen erreicht wurde, und zur Vorbereitung der Förderung der Kinder in diesen Jahrgangsstufen. Ich finde, das ist eine sehr gute Reaktion auf PISA. Die Schulen sind darauf vorbereitet. Nachdem wir die Förderung vorbereitet haben, wollen wir im Jahre 2006 eine teilszentrale Abschlussprüfung am Ende der Pflichtschulzeit einführen.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Ersatzschulfinanzierung sagen. Ich respektiere es sehr, dass sich die Träger der Ersatzschulen deutlich zu Wort melden und die Finanzierung des Landes kritisch betrachten. Ich erwarte aber, dass auch in einer hitzigen Diskussion, wie wir sie gerade heute wieder erfahren, der Boden der Sachlichkeit nicht verlassen wird. Die Fakten müssen im Auge behalten werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es steht außer Frage, dass die Ersatzschulen ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft sind. Genauso ist es Fakt, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Menge dafür tun, diese Schulen zu unterstützen, und in den kommenden Haushalten den Ansatz von jetzt 939 Millionen € auf 962 Millionen € steigern werden. Es dürfte in Ordnung sein, den einmaligen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 15 Millionen € einfordern zu dürfen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Lassen Sie mich ausreden! - Es bleibt bei der Einmaligkeit, weil wir selbstverständlich verfassungskonform handeln müssen. Das tun wir. Wir

haben uns im Übrigen davon überzeugt, dass das einmalig so möglich ist.

Ich darf das Katholische Büro als unverdächtigen Zeugen zitieren, das in seiner Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz vom 15. Dezember 2003 festgestellt hat, dass Nordrhein-Westfalen mit seiner Ersatzschulfinanzierung im Ländervergleich im oberen Drittel liegt. Angesichts dessen empfinde ich 15 Millionen € von 962 Millionen € als vertretbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe einige Punkte skizziert und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Der Kollege Schartau wird jetzt noch zum Weiterbildungsbereich Stellung nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Harald Schartau.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weiterbildung wird immer mehr zur Schlüsselgröße für Beschäftigungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Weiterbildung bleibt daher öffentlicher Auftrag. Zugleich ist aber jeder Einzelne von uns gefordert, der gestiegenen Bedeutung der Weiterbildung für die eigene Lebensführung mit mehr Eigenverantwortung zu begegnen.

Wenn also für die Weiterbildung in den nächsten beiden Jahren weniger Haushaltsmittel veranschlagt werden, drückt sich darin der notwendige Konsolidierungsbeitrag jedes einzelnen Politikbereiches aus. Ganz unabhängig davon erscheint es gerechtfertigt, über neue Finanzierungsinstrumente und -modalitäten nachzudenken.

Jede betroffene Einrichtung der Weiterbildung kann den Ausgleich des Minderbetrags selber gestalten, indem sie entscheidet, wie sie die Einsparungen kompensiert. Dazu kann die stärkere Einwerbung von Drittmitteln gehören oder eine Erhöhung des Trägeranteils wie auch eine moderate Anhebung der Teilnahmebeiträge.

Es entspricht der wachsenden Bedeutung von Weiterbildung, wenn Bildung und Weiterbildung für die Unternehmen und jeden Einzelnen/jede Einzelne von uns immer wichtiger werden. Vor diesem Hintergrund müssen wir bereit sein, mehr vom eigenen oder vom Firmenbudget zu investieren. Auch das gehört zu einer gestiegenen Verantwortung.

Die Förderung des Landes über Projektmittel kann immer nur ein ergänzender Beitrag sein. Die Existenz von Einrichtungen kann das Land weder mit den Mitteln des Weiterbildungsgesetzes noch über Projektgelder sichern. Lassen Sie es mich deutlich sagen: Das Land ist nicht Träger der Weiterbildung, sondern ihr Partner.

Im Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung haben sich durch die Ausschussberatungen gegenüber der Regierungsvorlage zwei Veränderungen ergeben:

Erstens. Die Mittel für die politische Bildungsarbeit, der politischen Stiftungen und der anderen Träger im Land werden - erstens - so angehoben, dass die Kürzung bei diesen beiden Titeln 15 % ausmacht, also ebenso viel, wie es für die Mittel des Weiterbildungsgesetzes der Fall ist. Ich habe die Hoffnung, dass die Stiftungen und anderen Einrichtungen ihre wertvolle Arbeit trotz dieser Einschränkungen weiterführen können.

Zweitens. Für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung können trotz der äußerst angespannten Haushaltslage die Sachmittel für 2004/2005 überrollt werden. Damit kann die Landeszentrale auch in Zukunft mit der Durchführung eigener Tagungen, der Produktion, dem Ankauf sowie der Verteilung und Verbreitung von Publikationen und audiovisuellen Arbeitsmitteln wichtige Akzente in der politischen Bildungsarbeit setzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Weitere Wortmeldungen zum Bereich 1 liegen mir nicht vor.

Ich weise darauf hin, dass wir über den Einzelplan 05 wie verabredet erst im Anschluss an den Bereich 2, der jetzt folgen wird, sowie den Einzelplan 15 nach der Diskussion über den Bereich 4 - Arbeit - abstimmen werden.

Ich rufe den **Bereich 2** auf:

Kinder, Jugend und Familie

Angesprochen sind der Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder - sowie der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4805 und 13/4811 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4920 und 13/4921 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen